



KAIROS Europa Deutschland e.V.

RUNDBRIEF

für Mitglieder & FreundInnen

November 2010

Im Blickpunkt: Wirtschaft ohne Wachstum!

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

aus aktuellem Anlass werden Sie gleich zu Beginn dieses Rundbriefes einen Appell in eigener Sache vorfinden. Leider hat auch uns eine - indes unvorhersehbare und nicht auf spekulativen Missbrauch zurückgehende - Finanzkrise eingeholt. Es würde mich freuen, wenn Sie dem Spendenaufruf unseres Vorstands Ihre Beachtung zukommen ließen.

Im Blickpunkt dieses Rundbriefes stellen wir in Form eines Hintergrundartikels unseren neuen Arbeitsschwerpunkt vor, der sich im kommenden Jahr der Thematik „Wirtschaft ohne Wachstum“ zuwenden wird. Trotz viel Nachhaltigkeitsrhetorik, trotz einzelner positiver Projekte und Veränderungen zeigt die Gesamtbilanz, dass wir in Deutschland und global nicht auf einem zukunftsfähigen Weg sind, sondern die Probleme sich verschärfen, sei es beim Klimawandel, der biologischen Vielfalt oder dem Hunger in der Welt. Wir sind weit entfernt von einem Wirtschaftsstil und Wohlstandsmodell, das weltweit tragbar und übertragbar ist. Gleichzeitig wird das Zeitfenster, in dem Gegensteuern möglich ist, immer kleiner.

Aus diesem Grund wollen wir uns künftig mit Nachdruck mit den in dem Hintergrundartikel größtenteils nur angedeuteten Fragen beschäftigen und derart einen eigenen Beitrag zu der beginnenden Debatte um ein Wirtschaften jenseits des Wachstums leisten.

In der Rubrik „Aus der laufenden Arbeit“ berichten Teilnehmende über unsere diesjährige Jahrestagung, die Mitte Oktober in Mannheim stattfand und erfreulicher Weise wieder einmal „ausgebucht“ war.

Eine besinnliche Adventszeit wünscht Ihnen

Ihr

Martin Gück

INHALTSVERZEICHNIS

In eigener Sache

▲ Spendenaufruf zum 20. Geburtstag von Kairos Europa 2

Im Blickpunkt

▲ Wirtschaft(en) ohne Wachstum! 3

Aus der laufenden Arbeit

▲ Berichte von der Kairos-Jahrestagung 2010 10

Impressum

16



KAIROS EUROPA e.V.

1. Vorsitzender

Prof. Dr. Ulrich Duchrow
Hegenichstr.22
D-69124 Heidelberg
Tel.: +49 (0)6221 7863-60
Fax: +49 (0)6221 786361
E-mail: Ulrich.Duchrow@wts.uni-heidelberg.de
Website: www.kairoseuropa.de
Bankverbindung:
GLS Bank, BLZ 430 609 67, Konto-Nr.: 8040242000



Herzliche Bitte zum 20. Jahr von Kairos Europa

Liebe Mitglieder und Förderer, liebe Freundinnen und Freunde von Kairos Europa,

als ich mich vor drei Jahren angesichts unserer damaligen Finanzmisere mit einem Spendenaufruf an Sie und Euch gewandt hatte, war die Reaktion überwältigend und hat mit dazu beigetragen, dass wir unseren Haushalt stabilisieren konnten. Seither ist es uns erfreulicherweise gelungen, neue Zuschussgeber für unsere Arbeit zu gewinnen. Diese zusätzlichen Mittel haben unser Budget trotz anhaltender Kürzungen, vor allem auf Seiten des Evangelischen Entwicklungsdienstes, bislang halbwegs im Lot halten können. Nun schlägt jedoch der Regierungswechsel in Berlin auch bei uns negativ zu Buche. Denn unser künftiges Schwerpunktthema „Wege zum Wohlstand ohne Wachstum“, das uns angesichts des voranschreitenden Klimawandels von größter Bedeutung zu sein scheint und das wir im „Blickpunkt“ dieses Rundbriefs vorstellen, ist dem entwicklungspolitischen Förderprogramm des – inzwischen bekanntlich von einem Heidelberger FDP-Politiker geführten – Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu kritisch und hat somit keine Aussicht auf Unterstützung. Damit bricht uns zumindest für den Rest dieser Legislaturperiode eine tragende Säule unseres Finanzierungskonzeptes weg.

Aus diesem Grund wenden wir uns nun erneut an Sie und Euch. Selbstverständlich wissen wir, dass nicht nur bei uns das Geld immer knapper wird. Trotzdem wagen wir zu fragen: Könnt Ihr, können Sie uns in diesem Jahr mit einer besonderen Jubiläumsspende unterstützen, damit wir unsere kritische und unabhängige, an der „Basis“ immer stärker nachgefragte Arbeit auch in diesen widrigen Zeiten fortsetzen können? Auch viele kleine Beiträge helfen. Vielleicht können auch die vielen Gemeinden, Initiativgruppen und Bündnisse, in denen wir in den vergangenen Jahren Vorträge oder Seminare gehalten haben, eine Kollekte sammeln?

In Hoffnung und mit herzlichen Grüßen, auch im Namen meiner VorstandskollegInnen

Im November 2010

Ulrich Duchrow

1. Vorsitzender

Supporters/Unterstützer/innen/Parrain(e)s/Personalidades que apoyan Kairos Europa:
Prof. Dr. Anna Maria Aagaard, Prof. Dr. Norbert Greinacher, Prof. Dr. Gustavo Gutiérrez, Frei Betto, Prof. Dr. Franz Hinkelammert,
The Rt. Rev. Michel Hoëffl, Bishop Jeremiasz, The Rt. Rev. Jaques Maury, Canon Paul Oesterreicher, Dr. Philip Potter, Prof. Dr. Konrad Raiser,
Dr. Julio de Santa Ana, Rt. Rev. Bärbel Wartenberg-Potter, Propst Dr. Heino Falcke



Die Wachstumsfrage kehrt zurück

Von Martin Gück

„Questioning growth is deemed to be the act of lunatics, idealists and revolutionaries. But question it we must. The myth of growth has failed us. It has failed the fragile ecological systems on which we depend for survival. It has failed, spectacularly, in its own terms, to provide economic stability and secure people's livelihoods.“

Tim Jackson, Prosperity without Growth?, 2009

Die Geburtsstunde der ökologischen Wachstumskritik wird im Allgemeinen auf das Jahr 1972 datiert. Zu diesem Zeitpunkt - und damit noch vor Ausbruch der so genannten „Ersten Ölkrise“ - veröffentlichte eine WissenschaftlerInnengruppe des Massachusetts Institute of Technology (MIT) um den US-Ökonomen Dennis Meadows im Auftrag des Club of Rome die Studie „The Limits to Growth“ (Die Grenzen des Wachstums). Zum ersten Mal wurde darin öffentlichkeitswirksam angezweifelt, dass die Folgeprobleme des wirtschaftlichen Fortschritts stets durch neue technische Entwicklungen gelöst werden könnten. Anhand rechnergestützter Simulationen widmete sich die Studie dem Systemverhalten der Erde als Wirtschaftsraum bis zum Jahr 2100. Im Mittelpunkt standen dabei die Interaktionen zwischen der Soziosphäre (dem aktiv und direkt durch Menschen gestalteten Teil des Planeten) und der außermenschlichen Biosphäre. Dieses Verhältnis wurde - analog zum Stoffwechsel eines Organismus - im Blick auf seine „inputseitigen“ (Ressourcenverbrauch) und „outputseitigen“ (Emissionen) Wirkungen untersucht.

Fünf verschiedene Szenarien ergaben, dass der „gesellschaftliche Stoffwechsel“ bei anhaltender Zunahme der Weltbevölkerung vor allem durch ein ungebremses Wirtschaftswachstum unweigerlich an seine naturräumlichen Grenzen stoßen werde - und zwar sowohl auf der „Input-Seite“ der Produktion, bedingt durch die Endlichkeit der Rohstoffe für eine fossil angetriebene Produktionsweise, als auch auf der

„Output-Seite“, infolge der begrenzten Aufnahmekapazität ökologischer Systeme für Emissionen und Abfall aus Produktion und Konsumption. In den Vordergrund rückte die Studie ihre Prognose, dass bei fortgesetztem exponentiellen Wachstum die Rohstoffvorräte noch vor dem Jahr 2100 erschöpft sein würden - selbst wenn durch künftige Funde fünfmal mehr Rohstoffe vorhanden sein sollten als 1972 bekannt waren. Als Ausweg wurde vage das Ziel eines wirtschaftlichen und ökologischen Gleichgewichtszustandes formuliert. Allerdings sah sich die Studie nicht dazu berufen beziehungsweise in der Lage, einen Weg hin zu diesem Zustand aufzuzeigen. Ihren AutorInnen ging es erklärtermaßen auch nicht um möglichst unangreifbare Simulationen und treffsichere Prognosen, sondern vielmehr um das Aufzeigen des ihrer Ansicht nach unauflösbaren Widerspruchs einer unendlichen Expansion in einer endlichen Umwelt. Hierzu eine Diskussion zu entfachen, verstanden sie als ihre primäre Aufgabe.

Und dies gelang der Studie auf breiter Front, denn die öffentliche Reaktion auf ihre Thesen war gewaltig. Das Buch wurde in 37 Sprachen übersetzt, erreichte eine Massenauflage und löste insbesondere in den Ländern des Nordens eine breite gesellschaftliche Debatte aus. Das Echo war allerdings geteilt. In Politik, Wirtschaft und ökonomischer Wissenschaft stieß der Bericht überwiegend auf heftige Ablehnung. Allen voran prominente US-Ökonomen meldeten sich unverzüglich zu Wort. Deren Kritik machte sich indes nicht allein an - sachlich durchaus zurecht beanstandbaren - methodischen (Detail-)Mängeln wie der teilweise recht dürftigen Datenbasis sowie einigen in der Tat fragwürdigen Trendextrapolationen fest, sondern zielte vielmehr darauf ab, die Studie in Gänze zu diskreditieren. So bezeichnete Henry C. Wallich, Lehrstuhlinhaber in Yale, die Studie lapidar als „ein Stück unverantwortlichen Nonsens“, und Julian L. Simon, renommierter Ressourcenforscher in Harvard, ließ im Blick auf die von den MIT-AutorInnen dargelegten Zukunftsszenarien verlauten: „Das ist meine Langzeitvoraussage in Kürze: Die materiellen Lebensbedingungen werden weiterhin für die meisten Menschen besser werden, in den meisten Ländern, die meiste Zeit, ohne Ende. In den nächsten ein

oder zwei Jahrhunderten werden alle Nationen und der Großteil der Menschheit auf oder über dem westlichen Lebensstandard sein.“ In dasselbe Horn stieß auch der MIT-Kollege Robert M. Solow, der fünfzehn Jahre später für seine Wachstumstheorien den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen bekommen sollte (sic!): „Wenn natürliche Ressourcen leicht durch andere Faktoren substituierbar sind, dann gibt es eigentlich kein ‚Problem‘. Die Welt kann, faktisch, ohne natürliche Ressourcen auskommen. Erschöpfung ist nur eine Gleichung, keine Katastrophe.“

Der Zweck dieser regelrechten Kampagne lag auf der Hand: Mittels überzogener Polemik sollte die wachstumskritische Grundaussage der Studie systematisch klein geredet und im Keim erstickt werden. Denn die Problemanzeige, dass ökologische Prozesse der ökonomischen Wachstumsdynamik mittel- bis längerfristig Grenzen auferlegen könnten, erschütterte sowohl das Denkgebäude der herrschenden Lehre wie auch die Handlungsmaxime der politischen und ökonomischen Eliten in ihren Grundfesten: Schließlich galt die Erzeugung von fortgesetztem Wachstum unisono als der wirtschaftspolitische Königsweg schlechthin.

Und diese einseitige Fixierung auf wirtschaftliches Wachstum ist auch heute, knapp vierzig Jahre später, noch immer das Maß aller Dinge. Nichts vermag diesen krankhaften Fetischismus eindrucksvoller zu unterstreichen als die zahllosen „Wachstumsbeschleunigungs“-Programme beziehungsweise -Gesetze, die in den vergangenen beiden Jahren in Reaktion auf die so genannte Finanzkrise allerorten auf den Weg gebracht wurden. Statt die eigentliche Ursache für die weltweiten ökonomischen und sozialen Verwerfungen bei den Wurzeln zu packen und der Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten durch möglichst weit reichende Re-Regulierungen ein für alle Mal das Handwerk zu legen, wird wieder einmal nur an den Symptomen herumkuriert und das Heil einzig und allein in Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums gesucht. Und zu deren Finanzierung werden denn auch nicht etwa die für die Krise maßgeblich verantwortlichen Finanzmarktakteure herangezogen, sondern in Form neuerlicher Sparpakete und zusätzlicher

Schuldenaufnahme in erster Linie die sozial Schwachen sowie künftige Generationen.

Im Unterschied zu den 1970er Jahren wird die Notwendigkeit fortgesetzten Wirtschaftswachstums aber nicht länger unter vollständiger Missachtung des Umwelt- und Ressourcenschutzes propagiert, sondern neuerdings gerade mit Verweis auf ökologische Herausforderungen als unerlässlich gerechtfertigt. Diese vollständige Kehrtwende erklärt sich aus den „Zeitläufen“: Denn während sich die düsteren Zukunftsszenarien des Berichts an den Club of Rome seinerzeit noch als reines Hirngespinnst abqualifizieren ließen, sind sie inzwischen längst traurige Realität und lassen sich nicht mehr wegdiskutieren. Eine ganze Reihe immer offensichtlicher und bedrohlicher werdender „Endlichkeiten“ - vom Verlust der biologischen Vielfalt über sich verknappende Ressourcen sowie die Übernutzung natürlicher Gemeingüter bis hin zur begrenzten Traglast des Planeten - lässt an der Richtigkeit der zentralen Problemanzeige von Meadows und seinem Team keinen Zweifel mehr zu.

Entsprechend hat der einstmals rein quantitativ definierte Wachstumsimperativ eine Ergänzung um Attribute wie „nachhaltig“, „qualitativ“ oder neuerdings auch „grün“ erfahren. Galt Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit - trotz fehlender empirischer Belege - als das Patentrezept zur Lösung aller ökonomischen Probleme, soll es nunmehr zugleich auch der entscheidende Impulsgeber für den ökologischen Umbau von Ökonomie und Gesellschaft sein. Vor allem seit dem Zusammenfallen der globalen „Finanzkrise“ mit der sich immer mehr zuspitzenden Klimakrise wird diese neue Diktion von den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen auf Neudeutsch gern als eine „Win-Win-Strategie“ beschrieben: Durch (staatliche) Investitionen in Klimaschutz- und Umwelttechnologien beziehungsweise die Förderung der entsprechenden Branchen könne zum einen ein Impuls zur Wiederbelebung der Wirtschaft gesetzt und zum anderen der erforderliche Beitrag zur Bekämpfung der globalen Erwärmung geleistet werden.

Weitere wirtschaftliche Expansion ist diesem Verständnis zufolge nicht nur der Wohlstandsmehrung wegen unverzichtbar, sondern auch



notwendige Voraussetzung zur Beseitigung der bisherigen Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie. Letztere seien nicht nur auflösbar, sondern gar ins Gegenteil umkehrbar: So versprechen die Anstrengungen zur Verhinderung des Klimawandels blühende Zukunftsmärkte für regenerative Energien sowie energieeffiziente Produkte und Dienstleistungen. Derart könne die Form etablierter Industrien und Konsummuster demnach erhalten bleiben - wenngleich mit erneuertem, nämlich ökologischer(re)m Inhalt. Da dieses Konzept des grünen Wachstums ebenso einfach wie plausibel und zudem attraktiv anmutet, stellt es inzwischen den „Mainstream“ des wissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurses dar, ist überwiegend Bestandteil der „Unternehmensphilosophien“ großer Konzerne und hat prominenten Eingang in die Grundsatzprogramme der meisten Parteien gefunden.

Jedoch gibt es erhebliche Zweifel daran, dass „Green Growth“ den Ausweg aus der planetarischen Krise des Klimawandels weisen kann. Diese gründen erstens auf jüngsten Erfahrungen mit der politischen Umsetzung der allseits proklamierten neuen Nachhaltigkeitsstrategie. Seit 2008 sind weltweit Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht worden, um die Folgewirkungen der globalen „Finanzkrise“ auf die Realwirtschaft zu reduzieren. Insgesamt wurden dafür bis heute sage und schreibe mehr als 3 Billionen US-Dollar ausgegeben. Analysen, die diese wachstumsstimulierenden Maßnahmenpakete nicht nur auf ihre kurzfristige Nachfragestabilisierung, sondern auch hinsichtlich ihrer in ökologischer Hinsicht erzielten Nachhaltigkeitswirkung untersucht haben, kommen einhellig zu dem Ergebnis, dass der Großteil der verausgabten Mittel eher umweltschädliche Effekte nach sich gezogen hat beziehungsweise noch zeitigen wird. Die ökologischen Möglichkeiten, die einem wirklichen „Green New Deal“ innewohnen hätten, wurden somit in leichtfertiger Weise weitgehend vertan. Insofern entpuppt sich das von der Politik gemachte Versprechen eines ökologisierten Wachstums - zumindest bislang - als reine Rhetorik.

Zweitens steht der Nachweis, dass Green Growth selbst bei Vorliegen eines entsprechenden

politischen Willens überhaupt möglich ist, noch aus. Bis dato gibt es kein plausibles theoretisches Szenario dafür, dass die Vorstellung von der Vereinbarkeit von „nachhaltigem“ Wirtschaftswachstum mit Umwelt- und Ressourcenschutz realitätsangemessen ist. Dies ergibt sich aus wissenschaftlichen Erkenntnissen über die tatsächlichen ökologischen Entlastungswirkungen technologischer Innovationen, welche die Grundannahmen der herrschenden Wachstumstheorie geradezu pulverisieren. Letztere weist dem technischen Fortschritt eine herausragende Rolle und Bedeutung für die wachstumsgetriebene Ökologisierung der Ökonomie zu, indem sie unterstellt, er werde die wirtschaftliche Wertschöpfung „dematerialisieren“ (sprich nicht erneuerbare Ressourcen wo möglich substituieren und wo nötig wiederverwerten) und aus dieser resultierende Emissionen „dekarbonisieren“ (d.h. den CO₂-Ausstoß weitmöglichst reduzieren). Der Wachstumstheorie liegt somit die Annahme zugrunde, dass sich ökonomische Aktivitäten von Ressourcenverbrauch und Emissionen „entkoppeln“ lassen.

Sachliche Belege für diese Annahme gibt es bislang aber keine. Empirisch nachweisen lässt sich allenfalls eine so genannte relative Entkopplung, die es aber von der unterstellten „absoluten Entkopplung“ zu unterscheiden gilt. Relative Entkopplung liegt dann vor, wenn sich der Input im Verhältnis zum Output verringert. Dies ist zum Beispiel bei der „Energieintensität“ der Fall: Diese konnte weltweit seit 1970 um 33 Prozent reduziert werden, d.h. dass heute im globalen Durchschnitt ein Drittel weniger Primärenergie zur Produktion einer Einheit des Bruttoweltproduktes (der Gesamtwert aller global pro Jahr hergestellten und gehandelten Produkte und Dienstleistungen/BWP) eingesetzt werden muss als noch vor vierzig Jahren. In den früh industrialisierten Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind die erzielten Verbesserungen bei der Energieeffizienz gar noch höher. Nichtsdestotrotz nahmen aber im selben Zeitraum weltweit wie auch in den OECD-Ländern der Energieverbrauch als auch die CO₂-Emissionen beträchtlich zu, was bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum die Effizienzgewinne aus technologischen Innovationen überkompensiert hat. Mit anderen Worten: Bislang ist nur eine

relative Entkoppelung sichtbar, absolut steigen mit der ökonomischen Aktivität Ressourcenverbrauch und Emissionen weiter an. Mit der von den Wirtschaftswissenschaften unterstellten „Entmaterialisierung“ und „Dekarbonisierung“ des Wachstums im Sinne einer absoluten Entkopplung hat dies somit nichts gemein, denn den Zusatz „nachhaltig“ bzw. „grün“ verdienen Innovationen nur dann, wenn die mit ihnen erreichten ökologischen Einspar- oder Entlastungseffekte im Saldo keine zusätzlichen Stoffflüsse und Belastungen der Umwelt bewirken.

Neuesten Untersuchungen zufolge lässt sich heutzutage zudem ein Rückgang der relativen ökologischen Entlastungswirkung technologischer Innovationen beobachten. Dies wird auf den so genannten Rebound-Effekt zurückgeführt. Dieses empirisch belegte Phänomen besagt, dass das Einsparpotenzial etwa von Energieeffizienzsteigerungen nur noch in einem verringerten Maße zum Tragen kommt, weil die verbilligte Energienutzung zunehmend entweder eine stärkere Nachfrage nach Energie impliziert oder die eingesparten Mittel eine zusätzliche Anschaffung bewirken, die ebenfalls Energie verbraucht. Führt die Effizienzsteigerung gar zu erhöhtem Energieverbrauch, was sich mitunter im Blick auf spezifische Verwendungsrichtungen beobachten lässt, aber insgesamt die Ausnahme ist, stellt sich ein Rebound-Effekt von über 100 Prozent ein. Aufgrund der für die Umwelt letztlich schädlichen „negativen Rückkopplung“ spricht man in diesem Fall vom so genannten Backfire-Effekt.

Auf diesem Hintergrund erscheint die Vision vom grünen Wachstum als eine reine Illusion. Denn derzeit gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die Wirtschaft weiter wachsen kann, während gleichzeitig der Ressourcenverbrauch und die Emissionen abnehmen. Nichtsdestotrotz beharren die FürsprecherInnen des Green Growth auf ihrer These von der ökologischen Entkopplung des Wirtschaftswachstums. Sie argumentieren, dass der „technologische Quantensprung“, dessen es bedürfe, um den Material- und Energieverbrauch sowie den Ausstoß von Emissionen substanziell zu senken, nur deshalb noch auf sich warten lasse, weil es an den notwendigen Voraussetzungen mangle. Umso eher es gelinge, funktionierende Märkte für

bislang unentgeltlich verbrauchte beziehungsweise unter Wert angebotene Umweltgüter zu schaffen, desto schneller könnten die Preise die tatsächlichen ökonomischen Knappheiten der Güter sowie die ökologischen Kosten ihres Verbrauchs widerspiegeln. Nur auf dieser Grundlage ließen sich die erforderlichen Anreize für die Entwicklung und Produktion künftig weitaus effizienterer und produktiverer Umwelttechnologien schaffen. Die Richtigkeit dieser These werde sich, so wird weiter argumentiert, am Beispiel des Handels mit Emissionszertifikaten erweisen, denn mit der Schaffung eines Marktes für das knappe Umweltgut Luft sei es nunmehr gelungen, den bis dato (scheinbar) kostenlosen Emissionen einen Preis zuzuordnen. Und dessen Signalwirkung werde dafür sorgen, dass sich die für eine weit reichende Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen erforderlichen technischen Effizienzsteigerungen einstellen.

Aber auch dieses Argument erweist sich bei näherem Hinsehen als bloßes Wunschdenken. Dies belegen jüngste Forschungsprojekte zum Klimawandel, welche die Wirkungszusammenhänge des globalen „Kohlenstoffkreislaufs“ untersucht haben. Unter KlimawissenschaftlerInnen besteht heute Konsens darüber, dass nur eine Stabilisierung der Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre auf einem Niveau unterhalb von 450 ppm CO₂ (450 Millionstel Volumenanteile Kohlendioxid an der Lufthülle) die globale Erwärmung voraussichtlich auf etwa 2°C gegenüber vorindustrieller Zeit wird begrenzen können. Jedwede zu diesem Zweck auf den Weg zu bringende Politik einer umfassenden Dekarbonisierung muss sich deshalb insbesondere den drei maßgeblichen „Stellgrößen“ für die atmosphärische Kohlenstoffkonzentration zuwenden: erstens der Wachstumsrate der Weltwirtschaft (d.h. der Veränderung des BWP), zweitens der so genannten Kohlenstoffintensität (die Auskunft über die pro BWP-Werteinheit ausgestoßene CO₂-Menge gibt) und drittens der Aufnahmefähigkeit des Planeten für Kohlenstoffemissionen (für welche die so genannten Kohlenstoffsinken wie Wälder oder Ozeane maßgeblich sind, da sie CO₂ aus der Atmosphäre absorbieren). Auf das Wirkungsgefüge des globalen Kohlenstoffkreislaufs



nahmen diese drei Faktoren in den vergangenen Jahrzehnten in unterschiedlicher Weise Einfluss: Während die kontinuierliche Zunahme des Weltwirtschaftswachstums aufgrund der mit ihr einhergehenden Zuwächse der CO₂-Emissionen einen Anstieg der Kohlenstoffkonzentration in der Atmosphäre bewirkte, vermochten die - infolge technischen Fortschritts - verbesserte (d.h. geringere) Kohlenstoffintensität sowie die Fähigkeit der Natur, CO₂ aufzunehmen, den wachstumsbedingten Anstieg des atmosphärischen CO₂-Gehalts im Zusammenspiel abzulindern.

Diese Korrelation der Stellgrößen, die einer noch stärkeren Zunahme der Erderwärmung Einhalt gebot, wird nun aber neuerdings durch eine verringerte Aufnahmefähigkeit der natürlichen Kohlenstoffspeicher abgeschwächt. Dies hat unlängst eine Studie des internationalen Forschungsvorhabens „Globales Kohlenstoffprojekt“ (Global Carbon Project) ergeben. Noch vor fünfzig Jahren wurden von jeder Tonne CO₂-Ausstoß 600 Kilogramm durch die so genannten Kohlenstoffsenken auf den Kontinenten und der Ozeanoberfläche aufgenommen. Infolge zunehmender Entwaldung und Landnutzungsänderungen und daraus resultierender Klimaveränderungen hat sich diese Aufnahmefähigkeit der Natur seither verringert. Aktuell absorbieren die natürlichen Senken nur noch etwa die Hälfte der jährlichen Kohlenstoffemissionen aus Aktivitäten der Menschheit, so dass der Anteil von frisch emittiertem CO₂, der in der Außenluft verbleibt, angestiegen ist. Und dieser „Effizienzverlust“ der natürlichen Senken wird nach Ansicht des Global Carbon Project anhalten und sich vermutlich gar noch verstärken, da vor allem die durch den Anstieg der atmosphärischen Kohlendioxidkonzentration bedingten Veränderungen der Wind- und Wetterverhältnisse die Kapazitäten des Planeten zur eigenständigen Erholung wiederum um ein Weiteres abschwächen. Angesichts dieses negativen Trends warnt das Global Carbon Project für den Fall weiter steigender Emissionen vor einer dramatischen Verschärfung des Problems der Stabilisierung des atmosphärischen CO₂-Gehalts.

Bei anhaltendem Wirtschaftswachstum käme somit der Stellgröße Kohlenstoffintensität eine zentrale Bedeutung im Kampf gegen den

Klimawandel zu. Indes deutet laut Tim Jackson, seines Zeichens Ökonomieprofessor und renommiertes Mitglied der „Sustainable Development Commission“ der britischen Regierung, derzeit alles darauf hin, dass selbst noch so ambitionierte Maßnahmen zur Beschleunigung technologischer Innovation nicht hinreichen werden, um die atmosphärischen CO₂-Werte bis zur Jahrhundertmitte auf dem Niveau von 450 ppm zu stabilisieren. Unter Berücksichtigung der prognostizierten globalen Zuwächse bei Wirtschaftswachstum und Bevölkerung bräuchte es Jackson zufolge künftig Jahr für Jahr einer Effizienzsteigerung um 7 Prozent - und damit einer mindestens zehnmal so schnellen Absenkung der Kohlenstoffintensität wie in der jüngeren Vergangenheit! Nur so wird sich laut Jackson die für das Jahr 2050 gebotene Zielmarke einer maximalen Kohlenstoffintensität des BWP von 0,04 kg Kohlenstoff pro US-Dollar erreichen lassen (2005 betrug sie 0,47 kg pro US-Dollar BWP). Und selbst in einer stagnierenden Weltwirtschaft und ohne weiteres Bevölkerungswachstum, so zeigen Jacksons Berechnungen, wäre die Herausforderung gigantisch: Um jährlich 4,9 Prozent müsste die auf fossile Energieträger bezogene Energieeffizienz zunehmen, um gefährlichen Klimawandel noch abwenden zu können.

Dieser technologische Quantensprung ist laut Jackson nach derzeitigem Ermessen nicht verwirklichtbar und vermag das Klimaproblem somit nicht zu lösen: zum einen aus der grundsätzlichen Erwägung heraus, dass sich technologische Innovation nicht einfach „ad infinitum“ forstsetzen ließe, zum anderen angesichts der - im Vergleich zur Dringlichkeit des Klimaproblems - viel zu großen Zeitspanne (wie auch der wohl kaum aufbringbaren finanziellen Mittel), die es brauchen würde, um die auf dem Stand der derzeitigen Technologien vorhandenen Effizienzpotenziale flächendeckend zur Anwendung zu bringen sowie darüber hinaus neue, bessere Energietechniken zu entwickeln, zur Marktreife zu bringen und ausreichende Produktionskapazitäten aufzubauen. Deshalb gelangt Jackson zu der Schlussfolgerung, dass künftig kein Weg daran vorbeiführen kann und darf, auch die Stellgröße des Wirtschaftswachstums zum prominenten Gegenstand der Klimaschutzpolitik zu machen.

Auf diesem Hintergrund führt es zweifellos in die Irre, weiterhin zu behaupten, dass sich in einer Welt endlicher Ressourcen mit einer zunehmend an ihre Grenzen stoßenden Aufnahmekapazität für schädliche Emissionen an stetigem, unbegrenzten Wirtschaftswachstum festhalten lässt. Die Problematik des Klimawandels lässt unmissverständlich deutlich werden, dass das in den Ländern des Nordens angestammte und von zahlreichen Ländern des Südens nunmehr „kopierte“ Wohlstandsmodell und der mit diesem einhergehende Wirtschafts- und Lebensstil keinen zukunftsfähigen Weg darstellen. Aufgrund der offensichtlichen Unmöglichkeit einer nachhaltigen ökonomischen Expansion ist und bleibt Wirtschaftswachstum nicht etwa die Lösung, sondern vielmehr eine der wesentlichen Ursachen des Klimaproblems. Es liegt auf der Hand, dass Endlichkeitskrisen von einem Wirtschaftssystem, dessen Funktion vom Wachstum abhängt, nicht zu bewältigen sind. Im Gegenteil sind sie Symptome, die das Scheitern der Voraussetzungen anzeigen, auf die das System gebaut ist. Alle Gegenwarts- und Zukunftskrisen, mit denen unsere Gesellschaften konfrontiert sind, sind Symptome dafür, dass unser auf einer vorbehaltlosen Übernutzung natürlicher Ressourcen gründendes Wirtschaftssystem an eine Funktionsgrenze gekommen ist.

Aus diesem Grund muss das Festhalten am Wachstumsdogma als dem vermeintlich „magischen“ Rezept gegen alle Probleme von Gegenwart und Zukunft grundlegend hinterfragt und vor allem in den und mit Blick auf die wohlhabenden Länder zeitnah eine breite gesellschaftliche Debatte und kritische Auseinandersetzung mit dem maßlos gewordenen Wohlstandsmodell der Industriemoderne begonnen werden. Der bisherige Weg, unerlässliche politische Weichenstellungen weitgehend durch die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum zu ersetzen, ist zu Ende. Die zentrale politische Herausforderung für den neu einzuschlagenden Weg besteht darin, künftig ohne Wachstum Beschäftigung, Wohlfahrt und Demokratie zu verwirklichen und zugleich die Natur zu schützen. Dieser Weg muss zuallererst von jenen beschritten werden, die die Hauptverantwortung für den falschen Kurs und die daraus resultierenden Schäden für Menschen und

Natur tragen. Nur so lassen sich für die Länder des Südens die notwendigen Spielräume für eine selbstbestimmte sowie ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung schaffen. Dabei steht außer Frage, dass die Entwicklungsländer hierzu noch Wirtschaftswachstum brauchen werden.

Darum ist es höchste Zeit, dass die Länder des Nordens ihr unweigerlich mit dem Wachstumsimperativ verknüpftes Zivilisationsmodell einer grundlegenden Transformation unterziehen. Warum sollte es nicht möglich sein, Formen des Wirtschaftens und Lebens zu entwickeln, die nicht auf Wachstum, sondern auf das Kultivieren eines Lebensstandards setzen, der ein hinreichendes Niveau erreicht hat? Psychologische Studien zeigen, dass die individuelle Zufriedenheit in den Industrieländern schon seit geraumer Zeit nicht mehr zunimmt, obwohl die Wirtschaftsleistungen sowie die individuellen Durchschnittseinkommen weiterhin ansteigen. Ab der Gewährleistung eines bestimmten materiellen Versorgungsniveaus, so die Glücksforschung, erhöht ein steigendes Einkommen nicht das persönliche Wohlbefinden.

Der Umbau in eine nachhaltige „Postwachstumsgesellschaft“ kann und wird ohne mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit nicht gelingen. Dies setzt substanzielle Mitbestimmungsrechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen in Gesellschaft und Wirtschaft sowie eine weit reichende Umverteilung zwischen wie auch innerhalb von Staaten voraus. Um einen solch grundlegenden Kurswechsel anzuschieben, braucht es demnach neben der Bereitschaft zu alternativem Denken und neuen Schritten im Handeln auch den Mut, sich in unausweichlich anstehende (Interessen-)Konflikte hineinzubegeben und in Wort und Tat Widerstand zu leisten.

Um von einer zerstörerischen Ökonomie des Übervorteilens zu einer nachhaltigen Ökonomie der Solidarität und des Teilens zu gelangen, genügt es allerdings nicht, allein die wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zu verändern, obwohl schon das schwer genug erscheint. Denn es sind nicht nur die „systemischen“ Infrastrukturen, die umgebaut werden müssen, sondern auch die



mental Infrastruktur. Vorstellungen von unablässigem Wachstum, von Entwicklung, Fortschritt, Wettbewerb stecken ja nicht nur in den äußeren Bedingungen unserer Lebenswelt, sondern haben sich über eine nunmehr jahrhundertalte kulturelle Praxis auch in unseren Innenwelten installiert. Es gibt wohl kaum einen Lebenslauf beziehungsweise -entwurf, der nicht von einer Zukunftsvorstellung getragen wäre, in der von allem mehr da ist, mehr Wohlstand, mehr Raum, mehr Einfluss, mehr vom Gleichen.

Die kollektive Vergesslichkeit, dass unsere Umwelten von uns selbst gemacht und die in ihnen geltenden Regeln von uns bestimmt werden, lässt den Status quo fatalerweise immer als den erscheinen, der den Referenzpunkt für jede Form von Veränderung abgibt. Deshalb wird Veränderung überwiegend umstandslos mit Verzicht gleichgesetzt. Aber gerade unser heutiger Status quo ist mit einer Fülle von Verzichtsleistungen erkaufte. Dennoch wird er als jener Status quo erfahren, den man auf jeden Fall halten möchte, und die mentalen Infrastrukturen sorgen dafür, dass jede Veränderung schon vorab als Zumutung und nicht als Chance auf ein besseres Leben begriffen wird. Das liegt auch daran, dass Gesellschaften unseres Typs Sinnbedürfnisse fast ausschließlich über Konsum befriedigen. Auch deshalb haben Konsumstile und Statussymbole ein so starkes Beharrungsvermögen. Um einen anderen Referenzpunkt zu finden, von dem aus auf das Gegebene zu blicken wäre, gilt es, andere Sinnstiftungen neben Konsum und Status zu finden.

Die politischen wie auch die individuellen Herausforderungen, die aus dem Übergang in eine Gesellschaft jenseits des Wachstums resultieren, könnten somit kaum größer sein. Die Auflösung der zwanghaften Verbindung zwischen Wohlstand und Wachstum erscheint aber alternativlos. Wohlstand kann und muss wieder in wesentlichen Teilen immaterieller Wohlstand sein und nicht vorrangig Widerschein wirtschaftlichen Wachstums. Dies zu erkennen wird der große Paradigmenwechsel dieses Jahrhunderts sein - oder dieses Jahrhundert wird scheitern. Eine bequemere Wahrheit gibt es nicht.

Martin Gück ist Diplom-Volkswirt und Mitarbeiter im Heidelberger Kairos Europa-Büro.

Verwendete Literatur und weiterführende Lesehinweise:

- Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland & Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Frankfurt/M. 2008
- Forum Umwelt & Entwicklung (Hrsg.): Wohlstand durch Wachstum - Wohlstand ohne Wachstum - Wohlstand statt Wachstum?, Rundbrief 2/2010, Bonn 2010
- Global Carbon Project: Siehe <http://www.pnas.org/content/104/47/18866.full.pdf+html> sowie <http://www.globalcarbonproject.org/activities/AcceleratingAtmosphericCO2.htm>
- Jackson, Tim/Sustainable Development Commission: Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy, o.O., 2009
- Seidl, Irmi & Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010

Kurzberichte von der Kairos Europa-Jahrestagung 2010

Endlich die Transformationsfrage!

Von Jörg Baumgarten

KAIROS Europa hatte zur Herbsttagung nach Mannheim eingeladen, diesmal mit dem viel versprechenden Titel „*Von der (System)-Kritik zur Transformation: Welcher Weg führt zu einem gerechten, zukunftsfähigen Wirtschaften?*“. Dass über 70 Teilnehmende aus Ost- und Westdeutschland und der Schweiz der Einladung gefolgt waren, zeigt, dass das Thema einfach (längst) „dran“ ist. Die Leitfrage war damit gestellt: Geht eine Reform nur in Richtung „Wirtschaften im Rahmen eines reformierten Kapitalismus“, oder muss der Kapitalismus grundsätzlich überwunden werden? Diese Alternative schwebte über der Tagung. Einigkeit bestand darin: Der Turbo-Kapitalismus kann nicht so bleiben, wie er sich gebärdet. Anfangen müssen wir alle mit sozial-ökologischem und gemeinschaftsorientiertem Wirtschaften. Mit oder ohne Wachstum?

Die Teilnehmenden boten einen großen Reichtum an Kompetenz und Erfahrung - Mitglieder von KAIROS Europa, der Akademie auf Zeit „Solidarische Ökonomie“, des Plädoyers für eine Ökumenische Zukunft, Frauen wagen Frieden, Aktive aus der Schweiz und solche vorrangig aus der Pfalz, Baden und Württemberg und natürlich auch einige „Versprengte“ aus Berlin, Dresden, Rostock, Bremen, Bielefeld und dem Rheinland. Referenten und Referentin boten ebenfalls ein breites Spektrum an Kompetenz und Position: Dr. Marcos Arruda aus Brasilien, Sven Giegold (MdEP), Christine Buchholz (MdB), Prof. em. Elmar Altvater und Dr. Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal-Institut sowie Dr. Hans-Udo Schneider (KDA der EKvW) und Dr. Klaus Seitz von Brot für die Welt.

Sieben Referate mit Befragungen/Podiumsgesprächen und kurzen Plenarphasen, eine sehr schöne AGAPE-Feier am Sonntagvormittag und ein knappes Schlussplenum: das war schon ein anspruchsvolles Programm. Teilnehmende hatten sogar noch Zeit für's nahe gelegene Kabarett gefunden; sie hatten dabei nicht den

Eindruck, in einer wirklich anderen Veranstaltung zu sein, obwohl es bei KAIROS Europa natürlich ernst zugeht!

Sven Giegold eröffnete die Tagung mit einer Analyse der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanz-, der Klima- und Ressourcen- sowie der Gerechtigkeitskrise und einem „Plädoyer für transformierende Alternativen im Kapitalismus“ durch den Green New Deal: Bei diesem Konzept der GRÜNEN geht es um eine „Neuregulierung der entfesselten Finanzmärkte“, einen „ökologisch-sozialen Umbau unserer Gesellschaft“ und die „Erneuerung des sozialen Ausgleichs - zwischen Nord und Süd ebenso wie zwischen Arm und Reich hier im Lande“. Christine Buchholz' (MdB - Die Linke) „Plädoyer für transformierende Alternativen jenseits des Kapitalismus“ blieb m.E. ideologieschwanger



und praxisfern. Ihr Plädoyer für Verstaatlichung erhielt vor allem Gegenwind von Schweizer Teilnehmerinnen, die nicht begeistert sind von ihren staatlichen Kantonalstrukturen mit ihren Entscheidungsträgern.

Ein Höhepunkt der Tagung war zweifellos - wie bereits vor zwei Jahren - der Beitrag von Dr. Marcos Arruda vom Instituto Políticas



Alternativas (PACS) aus Rio de Janeiro: Er stellte seine Vision eines ganzheitlichen „Menschwerdens für gesellschaftliche Transformation (vom kalkulierenden Geldsubjekt zum kooperativen Beziehungswesen)“ nicht nur über Bilder und theoretisch dar, sondern auch über Praxisbeispiele aus Lateinamerika, insbesondere Brasilien. Marcos Arruda schaltete sich auch immer wieder kreativ in die Diskussionen der Tagung ein, so dass seine Visionen einer anderen Welt ganz wesentlich zum weiten Horizont und zur Erdung der Tagung beitrugen, zumal die Süd-Perspektive sonst marginal geblieben wäre.

Enttäuschend für manche war der Beitrag von Prof. em. Elmar Altvater - eigentlich erbeten zum Thema „Transformation konkret: Wachstum oder Wohlstand“. Altvater skizzierte in seinem historisch angelegten Beitrag, dass es einen Kapitalismus vor der Industrialisierung ohne Wachstum gegeben habe. Also müsse es auch einen (alternativen) Kapitalismus nach Finanz- und Wirtschafts-, Klima- und Ressourcenkrise ohne Wachstum zukünftig geben. Leider blieb diese - von vielen Teilnehmenden mit Skepsis honorierte - Vision mit nur wenigen praxisorientierten Stichworten relativ profillos.

Hans-Jochen Luhmanns Beitrag zum Thema „Was ist die Bedeutung von Eigentumsverhältnissen, Geld- und Finanzsystemordnung und Wachstumszwang auf dem Weg zu einer post-fossilen Industriegesellschaft“ folgte nach einigen theoretischen Überlegungen den Spuren des „Zukunftsfähigen Deutschland“ (Wuppertal-Institut) - häufig auf hohem Abstraktionsniveau.

Konkret wurde es dann, als es um die Rolle der Kirchen ging: Der „'Transformationsfrage' als Herausforderung für kirchliches Handeln“ stellten sich Dr. Hans-Udo Schneider vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt der Ev. Kirche von Westfalen und Dr. Klaus Seitz von Brot für die Welt: Schneider referierte in Auseinandersetzung mit kirchlichen Verlautbarungen die Sackgasse, in die sich Diakonie und Caritas mit ihrer - angeblich durch EU-Regeln erzwungenen - „Sozialmarkt-Orientierung“

hineinmanövriert haben. Verlust christlich-kirchlichen Profils und Abbau von sozialen Mindeststandards bei den eigenen Mitarbeitenden sind da nur zwei Spitzen dieses Irrweges. Klaus Seitz skizzierte als Leiter der Politikabteilung von Brot für die Welt und hervorragender Kenner zivilgesellschaftlicher Bewegungen sowie theoretischer Überlegungen sieben Dimensionen notwendiger gesellschaftlicher Prozesse:

1. Wer soll das alles ändern?
2. Entwicklungsarbeit im eigenen Land
3. Der Wandel kommt aus den Nischen
4. Entwicklung braucht Beteiligung
5. Allianzen der Veränderung
6. „Die Kirche soll ein Vorbild sein der weltlichen Stände“ (Luther) und
7. Do no harm - richte keinen Schaden an.

Gut, dass dieses Referat die Tagung beschloss: Hier wurden globale Visionen - aus der Perspektive der Gerechtigkeitsfrage - mit konkreten Handlungsoptionen für Kirche und Wirtschaft konturenreich verbunden. Schade, dass hier die Zeit zur Diskussion knapp wurde. Einig waren sich die Teilnehmenden - wenn ich es richtig wahrgenommen habe - darin: So wie bisher geht es nicht weiter! Politik und Wirtschaft (zumal häufig eng verfilzt) werden die notwendige Umsteuerung allein nicht leisten. Noch erst in Ansätzen blieb die Frage im Raum: Wer baut die notwendige Gegenmachtstruktur auf, um dem (un-)wirtschaftlichen und wenig Nachhaltigkeit befördernden Treiben ein Ende zu bereiten und gleichzeitig eine Welt zu schaffen, in der gerechtes Leben für alle in Würde hoffnungsvolle Zukunftsperspektiven eröffnet?

Insgesamt eine Tagung in großer Dichte mit hoher Kompetenz an Analyse und praktischer Perspektive: von „Stuttgart 21“ über Bern bis Brasilien. Erneut ein Beleg dafür, dass zivilgesellschaftliche Kräfte, zumal kirchliche, diese Welt nicht den so genannten Fachleuten in Wirtschaft und Politik überlassen dürfen. Wer bei der KAIROS Europa-Tagung nicht dabei war, hat etwas verpasst! Das kommt bei Tagungen nicht oft vor!

Dr. Jörg Baumgarten ist 1. Vorsitzender der SÜDWIND-Stiftung für internationale soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Wie hältst Du's mit der Transformation?

Von Giselher Hickel

Es ging um Transformation. Der seit zwei Jahrzehnten vorherrschende politische Gebrauch des Begriffs „Transformation“ ist auf den Wandel der sozialistischen Länder Osteuropas in kapitalistisch wirtschaftende, demokratisch verfasste Staaten bezogen. Inzwischen hat sich jedoch die Einsicht durchgesetzt, dass der Wendebedarf nicht auf das realsozialistische Gesellschaftsmodell begrenzt ist, sondern die Produktions-, Konsumptions- und Herrschaftsweise der industrialisierten Welt im Ganzen betrifft. Denn die industriell entwickelte Welt insgesamt ist hoffnungslos vom Pfad der Nachhaltigkeit abgekommen und in die Irre gegangen. Die osteuropäischen Staaten haben sensibler auf diese Herausforderung reagiert. Den westlichen Staaten gelingt es besser, die Folgen ihrer Miswirtschaft Anderen aufzubürden und die eigenen Bevölkerungen zu korrumpieren. Deshalb sind sie in der Entwicklung so weit hinter den Erfordernissen zurückgeblieben. Die großen Zusammenbrüche, von denen wir 2007/2008 einen Vorgeschmack bekommen haben, stehen uns noch bevor. Bei aller Ambivalenz - keine froh machende Aussicht.

Allerdings zeigt die Wende in den Staaten des Warschauer Vertrages auch, dass Transformationsprozesse eine falsche Richtung einschlagen können. Einen Stein ins Rollen zu bringen, ist Eines. Ein Anderes ist es, seine Bewegung auf abschüssiger Bahn zu steuern. Die Geschichte ist voll von Beispielen für aus dem Ruder gelaufene Transformationsvorgänge, in denen die Betroffenen vom Regen in die Traufe gerieten. Niemand bestritt auf der Mannheimer Tagung die Notwendigkeit der Transformation des Kapitalismus. Mancher hat bei dem Stichwort allerdings eher Konsolidierungsprozesse im Kopf. Von Sven Giegold z.B. verstand ich, er weigere sich angesichts des alarmierenden Ausmaßes der Krise die Systemfrage zu debattieren, jedenfalls solange er keine ihn überzeugende Antwort darauf wisse. Umso eifriger warb er für den „Green New Deal“, das heißt für die Mobilisierung der Kräfte des Marktes zum Zwecke einer ökologischen Wende des Kapitalismus, also damit dieser, und durch ihn die Welt, gerettet würde.

Auch Hans-Jochen Luhmann plädierte mit viel Umsicht für den Umbau des Bestehenden in Richtung eines konsequenten Verzichtes auf die Ausbeutung der fossilen Schätze der Erde. Ob der Kapitalismus einen solchen Eingriff überleben würde, ließ er offen. Wohl aber überraschte er mit der tröstlichen Gewissheit, dass sich der krebbsartige Wachstumszwang in diesem Prozess von alleine erledigen werde.

Schwierig haben es diejenigen, deren Vorstellung von Transformation eher auf Revolution denn auf Reformation hinausläuft, denn die Blaupause einer grundlegend gewandelten Ökonomie und Gesellschaft hat niemand in der Tasche. Christine Buchholz vertraut auf die Möglichkeit, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis so zu verändern, dass tiefe Eingriffe in die Eigentumsordnung möglich werden würden und ganze Schlüsselökonomien vergesellschaftet werden könnten. Sie schlug mit mutiger Unbekümmertheit vor, mit der Energiewirtschaft zu beginnen.

Im Munde von Elmar Altvater bekommen alte Begriffe einen neuen Klang, etwa der der Stagnation. Bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, so legte er dar, stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung weltweit. Trotzdem hätte es eine rasante Entwicklung der Gesellschaft gegeben, wie die Zeugnisse aus Kunst, Wissenschaft und Handwerk belegten. Der mit der ersten industriellen Revolution einsetzende Wachstumsmechanismus sei Auslöser der Krisen, die ökonomisch gesehen zyklischen Charakter hätten, hinsichtlich der Wirkungen auf die Natur aber kumulativ wirkten. Wie aber das aus dieser Logik folgende vorhersehbare Ende der kapitalistischen Produktionsweise nicht nur apathisch abzuwarten, sondern aktiv zu gestalten sei, blieb vage, obwohl die bekannten Stichworte, die in Richtung einer solidarischen Ökonomie weisen, vom Referenten aufgerufen wurden.

Marcos Arruda aus Rio de Janeiro blieb es vorbehalten, mit Leidenschaft das Bild einer solidarischen Ökonomie, mehr noch: einer von Solidarität und Liebe geprägten Gesellschaft zu entwerfen, in der die Menschen einander menschlich, nicht als Konkurrenten begegnen. Die Räume, in denen die jungen Triebe einer

neuen Produktions- und Lebensweise sprießen könnten, müssten dem Kapitalismus abgerungen werden. Politische Demokratie ohne ökonomische Demokratie sei eine Farce. Marcos Arruda merkt man an, dass er unmittelbar aus den Kämpfen und Klassenauseinandersetzungen Lateinamerikas heraus redet. In der saturierten Umgebung einer westdeutschen Großstadt klingt das wie Trost von weit her.

Dies zumal angesichts eines von Anpassung geprägten kirchlichen Kontextes, den Hans-Udo Schneider und Klaus Seitz trefflich skizzierten. Beispielhaft vollzöge sich im Bereich der Diakonie, so brachte es Hans-Udo Schneider auf den Punkt, der Übergang vom Prinzip der Subsidiarität zur gewinnfinanzierten Fürsorge. Aus Schutzbedürftigen werden Kunden, aus Samaritern Dienstleister, Liebe wird käuflich.

Alle Beiträge und Gespräche waren durchzogen von großen Erwartungen an die Zivilgesellschaft. Glücklicherweise konnte man dabei jüngste Proteste in Stuttgart und Aktionspläne der Anti-Atom-Bewegung im Sinn haben. Alles hängt aber davon ab, ob die Zivilgesellschaft als die Gestalt gewordene Atomisierung der Gesellschaft zu einer sozialen Bewegung transformiert werden wird. Dazu bedarf es, wenn ich recht sehe, zwar keiner Einheitsdogmatik, wohl aber der Leitbilder, die mobilisieren und verbinden und die mehr Konkretion enthalten als die bewährten Zielangaben „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“.

Mir ging am Ende der Tagung die Frage durch den Kopf, welche Rolle bei unserer Suche nach Transformation des Kapitalismus die Tatsache spielt, dass eine Hälfte der Menschheit, also ca. drei Milliarden Menschen, nicht in den kapitalistischen Weltmarkt integriert ist. Es wäre töricht, wollten wir die Subsistenzlandwirtschaft der Kleinbauern in weiten Teilen der Welt für uns kopieren. Aber diese real existierende Alternative zu unserer destruktiven Wirtschaftsweise nicht in Betracht zu ziehen, ist noch törichter, wenn nicht sträflich.

Schließlich kann ich es mir auch nach zwanzig Jahren nicht abgewöhnen, es zu bedauern, dass die um Transformation des Kapitalismus bemühte Linke nahezu einmütig in die Propagandafalle getappt ist, als sie der pauschalen Verteufelung der gelebten Alternativen zum Kapitalismus in den sozialistischen Ländern aufsaß. Der vornehmliche Zweck dieser finsternen Übung war es, den Absolutheitsanspruch der neoliberalen Wirtschaftsdogmatik zu begründen. Das Manöver gelang vortrefflich. Seitdem ist das Nachdenken über einen Sozialismus, der aus den historischen Verirrungen gelernt hat, jedenfalls unter uns, tabu. Das muss ja nicht so bleiben.

Giselher Hickel ist ehrenamtlicher Mitarbeiter im Hendrik-Kraemer-Haus in Berlin.



Für eine post-kapitalistische Perspektive

Von Ulrich Duchrow

Angesichts der vielfältigen Krisen - des Finanzsystems, der Wirtschaft, des Klimas, der Ernährung, der Energie usw. - ja, der umfassenden Gesamtkrise des Überlebens der Menschheit und der bewohnbaren Erde glauben nur noch Ignoranten, dass es so weitergehen kann wie bisher. Zwar behaupten Politiker und Wirtschaftler aus durchsichtigen Interessen, die Krise sei überwunden, aber selbst wenn Finanzkrisen auch weiterhin kommen und gehen und darum zyklische Prozesse darstellen würden, die ökologischen Krisen, sowohl die Klimakatastrophe wie das dramatische Sterben der Arten, sind kumulative Prozesse, d.h. sie verstärken sich irreversibel zunehmend (H.-J. Luhmann). Darum ist die zentrale Frage: Ist eine Bewältigung der Krise im kapitalistischen System denkbar oder nur jenseits dieses Systems? Genau dies war die Frage der Tagung. Und sie sollte jeweils kontrovers von zwei Referierenden beantwortet werden.

Die erste Runde wurde von zwei PolitikerInnen bestritten: Sven Giegold (MdEP) und Christine Buchholz (MdB). Giegold sieht keine eindeutige, langfristige Antwort auf die Krise des Kapitalismus, will deshalb nur kurzfristig das überschüssige Geld auf den Finanzmärkten sozial-ökologisch investieren (Green New Deal) sowie die Kapitalmärkte umfassend regulieren und besteuern. Buchholz dagegen hält die Systemfrage aus internationalistischer Perspektive für schon heute relevant, weil sonst die kurzfristigen Maßnahmen nicht klar bewertet werden können. Da die Triebkraft im Kapitalismus die Konkurrenz um maximalen Profit ist, müssen der Staat dem Markt verbindliche Beschränkungen auferlegen (inklusive Eingriffe in die Eigentumsordnung) und die Zivilgesellschaft von unten um möglichst weitgehende Vergesellschaftung oder/und demokratische Kontrolle der Produktionsmittel und der Finanzsphäre kämpfen. Dass dies möglich ist, zeigt Lateinamerika. In der Diskussion votierten die meisten Teilnehmenden für die transformatorische Perspektive.

Diese stellte der lateinamerikanische Ökonom, Erziehungswissenschaftler und Aktivist Marcos

Arruda in einen umfassenden Rahmen, der auch die spirituelle und subjektive Dimension einschließt, da der Kapitalismus weltweit auch Seele und Geist beherrscht. Die Kernthese lautet: Wir können nur leben und gut leben, wenn wir die integrale Entwicklung der Menschen in all ihren Beziehungen in den Mittelpunkt stellen, nicht die Akkumulation des Kapitals. Der Weg dazu geht über die Re-Lokalisierung, verbunden mit der Demokratisierung der Wirtschaft. Dass dies real möglich ist, zeigte er an zahlreichen Beispielen.

Elmar Altvater sieht den Kern der Systemfrage in der Überwindung des Wachstumszwangs, der seit der Industrialisierung vom Kapitalismus ausgeht. Vor der Industrialisierung produzierte selbst der Kapitalismus kaum Wachstum. Die Natur wird mit dem Wachstum Schluss machen. Wir müssen also einen post-fossilen Kapitalismus oder einen Post-Kapitalismus finden. Wie weit die Politik von der Realität entfernt ist, zeigt der Wahnsinn des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ der Bundesregierung. Die treibende Kraft des Wachstumszwangs ist der Zwang zur Kapitalakkumulation durch Finanzrenditen. Eine reale Utopie muss enthalten: mehr regionale Vernetzung, Entschleunigung, Dezentralisierung, Demokratisierung. Ein Ansatz ist die Solidarische Ökonomie. Ausgehend von der ökologischen Krise als kumulativem Prozess sieht Hans-Jochen Luhmann die beiden zentralen Punkte, an denen der Hebel angesetzt werden muss, in der Eigentums- und Geldordnung. Vier Thesen dazu:

1. Die post-fossile Industriegesellschaft ist nur durch eine Entwertung der Vermögen zu erreichen.
2. Die Kernaufgabe der Politik ist es, diese Entwertung auf der Basis des Grundgesetzes (Artikel 14 und 15) durch eine Revision der bestehenden Eigentumsgesetze durchzusetzen.
3. Dafür ist die Geld- und Finanzordnung das Übungsfeld.
4. Der Wachstumszwang wird nicht durch das Wesen des Wirtschaftens, sondern durch die Herrschaft des Konkurrenzprinzips erzeugt. Darum setzt auch „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ zentral bei der Begrenzung des Wettbewerbs an.



Die letzte Runde der Tagung widmete sich den Konsequenzen der Transformationsdebatte für Kirchen und Diakonie. Hans-Udo Schneider, Ev. Kirche in Westfalen, kritisierte den nicht-partizipativen Entstehungsprozess und den Inhalt der Studie der Westfälischen Landeskirche „Die Soziale Marktwirtschaft ethisch weiterdenken“ (bei gleichzeitiger positiver Würdigung des Materials zur Studie). Die Soziale Marktwirtschaft wird systematisch zerstört, was auch im Lissabon-Vertrag der EU zum Ausdruck kommt. Insbesondere die Verhaltensweisen von Diakonie und Caritas als Unternehmen passen sich diesem Trend an. „Aus der Kirche im Sozialstaat ist die Kirche im Sozialmarkt geworden.“

Klaus Seitz, Brot für die Welt, referierte die folgenden sieben Aspekte:

Wer soll das alles ändern? Zitat Josef Huber: Eine lebendige Minderheit kann schein tote Mehrheiten durchaus zum Tanze bitten. Der Wandel ist schon im Gange. Entwicklungsarbeit im eigenen Land ist notwendig.

Der Wandel kommt aus den Nischen, wo konkrete Alternativen realisiert wurden und werden, an denen gelernt wird, und auf die bei Krisen zurückgegriffen werden kann.

Entwicklung braucht Beteiligung. Der Sozialstaat ist viel zu groß geworden für die kleinen Probleme des Alltags - und viel zu klein für die großen Probleme der Welt.

Allianzen der Veränderung erhöhen das Gewicht.

Die Kirche soll Vorbild sein den weltlichen Ständen. So haben beide Kirchen mit all ihren Einrichtungen ein jährliches Beschaffungsvolumen von 60 Mrd. €. Was könnte das für ein

Potenzial für einen ökologischen Wandel sein!
Do not harm: Das Schlimmste verhindern.

Die Arbeitsgruppen zu den Vorträgen verschärfen jeweils die Fragestellungen und votierten eindeutig für eine post-kapitalistische Perspektive. Die Schlussrunde drängte auf eine Vertiefung der Debatte durch weitere Arbeit an der Frage des Wachstumszwangs - und wie er zu überwinden sei - sowie auf die verstärkte Ausarbeitung von Bausteinen einer anderen Ökonomie (einschließlich gelungener Beispiele). Auch die Wiederaufnahme der Sozialismusdebatte wurde angeregt, ebenso wie auch die Arbeit an den geistlichen Quellen des Kampfes für eine andere Welt. Dabei sollen wir immer die Erfahrungen und Ansätze des globalen Südens mit den Erfahrungen bei uns verbinden. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern lebensnotwendig.

Prof. Dr. Ulrich Duchrow ist 1. Vorsitzender von Kairos Europa.

**IMPRESSUM**

Der Rundbrief wird herausgegeben von KAIROS Europa Deutschland e.V.,
Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, Tel.: 06221 716005, Fax: 06221 716006,
info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

Bankverbindung: KAIROS Europa Deutschland e.V., GLS Bank, Konto-Nummer: 8040242000, BLZ 430 609 67

Der Rundbrief erscheint unregelmäßig und wendet sich vor allem an die Mitglieder und FreundInnen von KAIROS Europa.

Auflage: 400 Exemplare · Redaktion: Martin Gück · Druck und Layout: Druckerei Maulbetsch GmbH, 74939 Zuzenhausen

